

Antrag

- Seite 1 -

Vorlage Nr. 20131319

TOP/akt. Beratung

Sicht- und Eingangsvermerk der Schriftführung	
Antragsteller/in Fraktion DIE LINKE im Rat / Herr Vogel	Datum
Empfänger Jugendhilfeausschuss	Sitzungstermin

Betreff Teilnahme der Bundeswehr auf der Berufsbildungsmesse

Gegen die Teilnahme der Bundeswehr an der jährlichen Berufsbildungsmesse finden seit Jahren Proteste eines Bündnisses verschiedener Gruppierungen statt. Die Proteste richten sich dagegen, dass die Bundeswehr vor dem Hintergrund einer immer noch schwierigen Ausbildungssituation mit einer angeblich spannenden Berufsperspektive wirbt. Dass der Beruf des Soldaten / der Soldatin auch immer die Gefahr des Tötens, des getötet oder verletzt werdens mit sich bringt, tritt dabei in den Hintergrund. Ebenso spielt die Frage der völkerrechtswidrigen Auslandseinsätze bei der Werbung für die Bundeswehr keine Rolle.

In den vergangenen Jahren haben deshalb verschiedene friedenspolitisch engagierte Menschen und Gruppen mit Aktionen und Flugblättern zumindest vor dem RuhrCongress gegen die Teilnahme der Bundeswehr auf der Berufsbildungsmesse ihren Protest zum Ausdruck bringen können. Innerhalb des Gebäudes ist ihnen allerdings das Auftreten und Informieren über ihre Positionen nicht gestattet. Im vergangenen Jahr kam es zu einem unverhältnismäßigen Übergriff eines Mitarbeiters der Wachgesellschaft auf einen Demonstranten. Dieser hatte am Rande des Bundeswehrstandes Flugblätter verteilt, bis der Wachdienstmitarbeiter ihn in den sog. Schwitzkasten nahm und gegen die Wand warf.

Vor diesem Hintergrund fragt DIE LINKE im Rat der Stadt:

1. Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, dass in diesem Jahr den GegnerInnen der Bundeswehr auch innerhalb des Gebäudes ein Informationsstand zur Verfügung gestellt wird? Wenn nein, warum nicht?

Antrag

- Seite 2 -

Vorlage Nr. 20131319

TOP/akt. Beratung

2. Hat die Verwaltung geplant mit den Trägern der Proteste in den letzten Jahren, wie z.B. dem Friedensplenum oder der Bezirksschüler_innenvertretung Gespräche zu führen. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn kein Informationsstand innerhalb des Gebäudes durchgeführt werden kann, besteht dann zumindest die Möglichkeit, innerhalb des Gebäudes Flugblätter zu verteilen? Wenn nein, warum nicht?
4. Mit welchen Maßnahmen will die Verwaltung eine Eskalation wie im vergangenen Jahr verhindern?
5. Werden die MitarbeiterInnen des Sicherheitsdienstes noch mal gesondert darin geschult, wie beispielsweise mit besonders jungen Protestierenden umgegangen werden sollte?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Für die Fraktion

Arnold Vogel